

*Zusammenfassende Thesen zu meinem NRO-Text (AU 14/7)*

- 1.) **Staat** und überstaatliche Zusammenschlüsse, **Wirtschaft** (insbesondere ca. 45.000 transnationale Unternehmen) sowie die **Zivilgesellschaft** (insbesondere die **NRO**) werden heute häufig – vor allem in Zusammenhängen der UN oder in global governance Diskussionen - als **Trias der Akteure der Globalisierung** bezeichnet.

Treibende Kräfte der vieldimensionalen Globalisierung sind die Ökonomie und die das wirtschaftliche Handeln bestimmenden Regeln und Werte. Die Art des Zusammenwirkens von Staat und Wirtschaft bestimmt viele Diskussionen zur heutigen Globalisierung. Der Zivilgesellschaft/den NRO ist dabei an einem starken Staat als Partner gelegen. Im Zusammenspiel und im Konflikt mit ihm können NRO gesellschaftliche Problemlösungskapazitäten steigern.
- 2.) Von **Zivilgesellschaft** wird im Zusammenhang dieser Trias seit über 50 Jahren (*Gramsci*) gesprochen. Zivilgesellschaftliche Erscheinungsformen prägen - alleine rrrin Deutschland in zehntausenden Verbänden, Vereinigungen und Vereinen mit wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen, politischen, privaten u.a. Zielsetzungen - seit 200 Jahren weltweit bürgerliche und industriegeprägte Gesellschaften.

**Nichtregierungsorganisationen (NRO/engl.: NGO)** im hier gewählten Verständnis sind eine seit 10 Jahren („*NRO-Revolution*“, *Kofi Annan*) öffentlich rasch an Bedeutung gewinnende Untermenge solcher Vereinigungen, die sich national oder auch international für bestimmte öffentliche Anliegen mit (vermuteter) existentieller Betroffenheit wie der Umwelt, Menschenrechten, Frauenfragen oder der 3. Welt widmen und ihre Sichtweise auf der jeweiligen politischen Ebene zur Geltung zu bringen suchen. Weltweit wird mittlerweile von ca. 25. 000 derart übernational agierenden NRO ausgegangen. Dazu gehören mitgliederstarke Verbände wie der WWF oder Greenpeace mit weltweit 5 bzw. 2.5 Mio. Mitgliedern. In der UN Sprache werden sie wegen ihrer gemeinwohlorientierten Anliegen als „**green**“ NGOs (häufig auch als „advocacy“ NGOs bezeichnet), im Unterschied zu an Geschäfts- oder privaten Interessen (Bsp.: Automobilclubs) interessierten Lobbyorganisationen, die bei den UN unter „grey“ NGOs registriert werden. Alleine in Deutschland gibt es daneben bspw. 1.600 lokal tätige 3.Welt-Gruppen oder fast 1.500 (d.h. in 10% aller Gemeinden) häufig zivilgesellschaftlich getragene kommunale Agenda 21 Prozesse, deren Zielsetzung sich in der Vergangenheit häufig auf selbsthilfeorientiertes Entwicklungshandeln oder die eigene kommunale Entwicklung beschränkte. Mittels der neuen Kommunikationstechniken nutzen viele von ihnen heute je nach Situation auch die Chance zur nationalen oder auch weltweiten Vernetzung.
- 3.) International haben die „green“ NGOs bei den UN Weltkonferenzen seit 1992 einen Durchbruch in der öffentlichen Wahrnehmung und in ihrer Wirksamkeit erzielt (in Rio über 12.000 NRO Vertreter, in Seattle ca. 1.600 akkreditierte NRO). **Hauptmerkmale** ihrer öffentlichen Wahrnehmung sind:
  - a.) Einflussnahme durch **Schaffung von Öffentlichkeit** und **Rückvermittlung** globaler Verhandlungs- und Steuerungsprozesse in nationale Gesellschaften (hier bestehen heute ungelöste grundsätzliche Probleme demokratischer Partizipation und Transparenz, die mit zum Scheitern des MAI aber auch von Seattle beigetragen haben) – aber auch durch **Initiierung** von TO (Landminenkampagne, internationaler Strafgerichtshof) und als „**Wachhund**“ hinsichtlich der nationalen Umsetzung von Zusagen ihrer jeweiligen nationalen Regierung (z.B. Klimakonferenzen).
  - b.) Hohes **Ansehen bei Medien und Öffentlichkeit** (Unabhängigkeit, kein Profitstreben, Sachkenntnis, Unbestechlichkeit, hohe Motivation der Mitarbeiter/-innen (bei häufig schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen), mediengerechte Fokussierung auf ein Thema, *Schaffung von David und Goliath Situationen*). Dadurch aber bei NRO gleichzeitig Befürchtungen einer ungerechtfertigten öffentlichen Idealisierung und auch gleichzeitig Befürchtungen einer öffentlichen Überforderung ihrer letztlich begrenzten Möglichkeiten. Denn häufig ist die verbleibende Bündelungsaufgabe von Regierungen bzw. Parteien/Parlamenten gerade bei hochkomplexen Zusammenhängen der schwierigere Teil.
  - c.) Abbau/Rationalisierung bisheriger staatlicher Verantwortlichkeiten durch Übertragung auf staatsnahe *Quangos/Gongos* oder NRO (z. B. Ausführung der Katastrophenhilfe oder auch der EZ) nimmt gerne die Expertise technischer NRO in Anspruch. Dies weckt bei mehr politisch orientierten NRO aber auch **Misstrauen hinsichtlich der unerwünschten Preisgabe staatlicher Verantwortlichkeiten** (z. B. Verzicht auf nationale Sicherung/weltweite Durchsetzung von Sozialstandards oder einer weltweiten Wettbewerbsordnung). Die offensichtlichen Schwierigkeiten der Schaffung von diesbezüglichen global governance Strukturen könnte gerade in Europa die Wirtschaftsseite der o.g. **Trias** durch die vermehrte Bereitschaft zu einschlägigen Selbstverpflichtungen mindern.

- d.) Stark politisch orientierte NRO sehen es als notwendig an neben einem Standbein technokratischer Expertise und damit zusammenhängender Lobbyarbeit (die „grey“ NRO ebenfalls kennzeichnet), gleichzeitig **kampagnefähig zu bleiben** und durch die Rückbindung an „ihre“ gesellschaftlichen Bewegungen auch unmittelbar auf die Öffentlichkeit einzuwirken.
- 4.) Die meistgestellte kritische Frage an NRO ist die nach der **Legitimität** ihrer Einmischung. Die Frage muß in dieser Form beim herkömmlichen liberalen Staatsverständnis natürlich an sämtliche Lobbyorganisationen gestellt werden. ME schon von ihren Zielstellungen und Anspruchsgrundlagen her eher in geringerem Ausmaße an „green“ NRO. Zunächst ist auf die Legalität solcher Tätigkeit im Rahmen der bürgerlichen Grundrechte zu verweisen sowie auf ihre rechtliche Überprüfbarkeit. Der schwierigere Teil der Antwort ist die offensichtliche und gewollte Einmischung in die Willensbildung der dafür durch Wahlen Legitimierten. Pragmatisch kann man dem entgegenhalten, daß auf 100 Wirtschaftslobbyisten in Brüssel allenfalls ein NRO-Lobbyist kommt; in Berlin wird es kaum anders sein. Der schwierigere Teil der Antwort ist aber die offene Frage nach Formen überstaatlicher Staatlichkeit. Wer kann dort die Interessen der Wähler heute ausreichend legitimiert vertreten? Auf diese Ebene verlagern sich immer mehr Entscheidungen, deren demokratische Legitimationskette dünn wird. Dieses offensichtliche Defizit nutzen heute NRO mit viel Rückhalt in der Öffentlichkeit. Sie können es aber praktisch und grundsätzlich nicht aufheben.
- 5.) Im **Süden** gibt es in Zahl, Struktur und Interessenheterogenität **in ähnlicher Weise** –aber deutlicher geprägt durch die Grenzen häufig nichtdemokratischer Regime –**NRO auf allen Ebenen**. NRO sind auch dort häufig aufgrund gesellschaftlicher Bedürfnisse ohne Hilfe von außen entstanden. Viele lehnen bis heute fremde Förderung ab. NRO sind für Geberländer und die multilateralen Organisationen und auch viele nationale Regierungen ein wichtiger und geförderter Katalysator für Entwicklungsprozesse. Es überwiegen „graswurzelorientierte“ projektbezogene NRO. Es gibt aber genauso - z.T. landesweit bekannte- „advocacy“ NRO. Ebenso existieren nationale oder kontinentübergreifende Süd NRO, die sich in die Nord-Süd bzw. die Globalisierungsdiskussion einschalten. Ihre Haltung zur jeweiligen nationalen Politik ist kooperativ bis konfrontativ, in einigen Ländern stellen sie die einzige Form legaler (außerparlamentarischer) Opposition dar. Zumindest in solchen Situationen ist ihr Einfluß mehr als marginal – wenn auch ungesichert und häufig mit persönlichen Nachteilen verbunden.
- 6.) Aus der Literatur, dem Auftreten von Süd-NROs auf internationalen Konferenzen und auch der breiten Verfügbarkeit von Positionspapieren im Internet ergibt sich für mich eine bislang eher **moderate Einstellung zu bisherigen Globalisierungsprozessen**. Es überwiegt das Bemühen, ihre Chancen zu nutzen. Seit Seattle, UNCTAD X und insbesondere der G77- Konferenz sind sowohl von Ländern des Südens als auch von Vertretern dort Anwesender Süd-NRO aber zunehmend kritische Analysen des in dem vergangenen Jahrzehnt nicht Erreichten, und vor allem der verstärkten Marginalisierung der „verwundbaren“ Länder, die die Chancen der Globalisierung nicht nutzen können, hinzukommen. Hoffnungen werden – wie allerdings bereits vergeblich in den 80er Jahren hinsichtlich der Umsetzung des Brandt-Berichts –erneut in eine politische Steuerung der Globalisierung mittels einer Reform der großen Institutionen mit dem Ziel eines fairen und gleichen Wachstums in der Welt gesetzt. Derzeit gibt es bereits wieder Anzeichen (z.B. Tendenzen im Meltzer-Bericht wie u.a. die einhellige Zurückweisung der derzeitigen Reichweite des Streitschlichtungsverfahrens der WTO in die nationale Gesetzgebung, oder die Verweigerung der USA gegenüber einem internationalen Strafgerichtshof), daß die USA entsprechende politische Reregulierungs-/global governance Absichten ihre gegenteilige Interessenanalyse gegenüberstellen. Gerade wegen des unbestreitbaren Zusammenhangs von Armut und Umweltzerstörung müsste dies zu einer zusätzlichen Herausforderung an Europa führen, das sich auch bei dem gegenwärtigen Bemühen um eine neue Welt-handelsrunde als Mittler zwischen den USA und den EL sieht (*Lamy*).
- 7.) Der Dialog zwischen NRO im Süden und Norden ist bislang nicht ausgeprägt. Diskussionen parallel zu den o.g. Konferenzen haben aber entgegen mancher entgegenstehender Meinung („großes Konfliktpotential hinsichtlich Umwelt- und Sozialstandards“) nach meinem Eindruck überwiegend ähnliche Einschätzungen erkennen lassen. Das gilt insbesondere für die weltweiten NRO Zusammenschlüsse, wie dem *International Forum on Globalization*, das u.a. die Alternativveranstaltungen im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Seattle koordinierte und wo wichtige NRO-Sprecher aus Nord und Süd zu ähnlichen Einschätzungen hinsichtlich grundlegender Reformfordernisse (Aufhebung der aus dem kalten Krieg stammenden Sonderstellung der Bretton Woods Einrichtungen im internationalen Gefüge, gleichgewichtige Stärkung der UN Einrichtungen und der WTO und damit Sicherstellung von Umwelt- und Sozialstandards durch entsprechende Stärkung der dafür heute bereits zuständigen Organisationen, Abbau von Handelsbeschränkungen und grundlegende Änderung von Konsummustern im Norden) kamen.